

DEMOKRATIEBILDUNG



INTERVIEW

„Schule ist keine Demokratie“ S. 04

PEER EDUCATION

Soziallust statt Pandemiefrost S. 06

INTERVIEW

„Ein Blick von innen auf das Friedensbüro“ S. 13

BILDUNG ÜBER, DURCH UND FÜR DEMOKRATIE - Ansätze, die gerade in Zeiten rechtspopulistischer Konjunktur, gewalttätiger Auseinandersetzungen wie in Chemnitz oder der Fanatisierung von Teilen der Corona-Demo-Szene sowie dem Erstarken autoritärer Tendenzen in der Gesellschaft wieder vermehrt an Bedeutung gewinnen.

Doch Demokratiebildung ist mehr als Extremismusprävention: Sie möchte Menschen dabei unterstützen, sich konstruktiv in demokratische Prozesse einzubringen, zu partizipieren und ihre politische Urteils- und Handlungsfähigkeit stärken. Die vorliegende Ausgabe gibt einen Überblick über normative Grundlagen von Demokratiebildung und bietet Anreize insbesondere für die schulische Praxis.

Die Redaktion

INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Schule ist keine Demokratie“**

06 **Demokratiebildung**

08 **Starke junge Stimmen - jetzt sind wir dran**

09 **Den Klassenrat (neu) entdecken**

12 **Soziallust statt Pandemiefrost**

13 **Ein Blick von innen auf das Friedensbüro**

14 **Veranstaltungen**

Christine Czuma, Obfrau des Friedensbüro Salzburg



Reden, miteinander

„Was habt ihr heute in Geschichte gemacht?“, fragt ein Vater seine 12-jährige Tochter.

„Wir haben nur geredet.“

„Was heißt hier ‚nur‘, reden ist wichtig!“

Und vielleicht erklärt der Vater: reden – parlare – Parlament.

Die Angebote, Möglichkeiten und neuen Initiativen, in der Schule demokratisches Denken und Verhalten zu lernen, Demokratie einzuüben sind vielfältig: Im Klassenrat Standpunkte klären und austauschen, neue Ideen diskutieren und planen; jüngere Mitschüler*innen als Buddies begleiten und unterstützen; als Peer-Mediator*innen Streitgegner*innen zu Wort kommen lassen, Konflikte entschärfen, beilegen; in Übungen des „Sozialen Lernens“ Leben in der Gemeinschaft bewusst erfahren und thematisieren.

Allerdings: Außerhalb des geschützten (Lern-)Raums Schulklasse erleben Kinder und Jugendliche oft das Gegenteil von demokratischem Handeln: Schule selbst ist hierarchisch organisiert; Familie und Freundschaften zerbrechen an Meinungsstreit, Gespräche werden verweigert, Ansichten werden mit Gewalt verbreitet und durchgesetzt.

Zu Demokratie-Lernen gehört auch verstehen lernen, welche gesellschaftlichen Prozessen und politischen Bedingungen es erschweren, ein Gespräch fortzuführen oder von neuem aufzunehmen; Gespräch suchen und erhalten bedarf des ständigen Lernens der Erwachsenen wie der Jugendlichen.

Vielleicht würde dann der Vater seine Tochter nicht einfach belehren (reden sei wichtig), sondern sie fragen: „Worüber habt ihr geredet, wer, mit wem?“ Ein Gespräch, ein freundliches, interessiertes würde entstehen.

Es braucht auch in der Öffentlichkeit neue Gesprächsgelegenheiten und Angebote, wie z.B. das gerade begonnene Projekt des Friedensbüros unter dem Titel „zamhean und ausredn“ – in kleinen, moderierten Gesprächskreisen wird gesprochen über Erfahrungen, Bedürfnisse und Perspektiven in und aufgrund der Pandemie.

„Die Geselligkeit“, lesen wir bei Karl Markus Gauss, „sie rühme ich als die eigentliche demokratische Tugend, als Begabung, sich selbst in seinem weltzugewandten Wesen zu erhalten.“

Christine Czuma

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg

Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg

tel: 0662/87 39 31

e-mail: office@friedensbuero.at

www.friedensbuero.at

Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,

IBAN: AT102040400000017434

Öffnungszeiten:

Mobis Mi: 9–11 Uhr • Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH

Nr. 01/2022

An der Erstellung dieser Ausgabe haben mit-

gewirkt: Christine Czuma, Hans Peter Graß, Kristina

Langeder-Höll, Magdalena Mühlböck, Desirée Summe-

rer, Barbara Wick. **Layout:** Kristina Langeder-Höll

Titelbild: iStock | BRO Vector

Grafisches Grundkonzept: Eric Pratter

Kurz & Bündig

Waffen und soziale Taxonomie

Dass die EU-Kommission Investitionen in Atom-Energie ein grünes Label verliehen hat, hat für ein hohes Maß an Empörung gesorgt auf der Seite aller, die jahrzehntelang – mit mehr oder weniger Erfolg – für die Ächtung nicht nur von Atomwaffen, sondern auch der sogenannten friedlichen Nutzung von Atomenergie gekämpft haben. Dass diese Praxis Nachahmer*innen finden würde, war zu erwarten. Dass sie jedoch so schnell und ohne verschnörkelte Umschreibungen kommen würde, war dann doch etwas überraschend: Geht es nach dem Bundesverband der Deutschen Sicherheitsindustrie, soll die Europäische Union die Waffenproduktion in die soziale Taxonomie aufnehmen, weil es „ohne Rüstungsgüter keine Sicherheit und keinen Frieden“ gäbe. „Brot für Welt“ findet für dieses Anliegen klare Worte: „Waffen sind kein Beitrag zur Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wasser, Wohnen oder Gesundheit, sondern sie tragen maßgeblich dazu bei, Gewaltkulturen zu unterstützen und die Lebensgrundlagen in zahlreichen Weltregionen zu unterminieren. Deshalb darf sich die Rüstungslobby mit ihrer Forderung nicht durchsetzen, Waffen als sozial nachhaltig deklarieren zu lassen.“

HPG

Andreas Zumach über Wege aus der Konfrontation

Er tue jetzt so, als ob der Krieg noch zu verhindern wäre, sagte der ehemalige UNO-Korrespondent und Journalist der Tageszeitung taz bei einer Veranstaltung am 21. Februar des Friedensbüro

in Kooperation mit der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und der Plattform gegen Atomgefahren, als er über die Lage an der ukrainisch-russischen Grenze referierte. Dass Russland die von den Sezessionist*innen gehaltenen Gebieten als unabhängig erklärte und russische Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine einmarschierten, ahnte Zumach bereits. Dass Russland mit dem Angriff auf die gesamte Ukraine einen größeren Krieg auslöst, war noch nicht vorhersehbar.

Zumach plädierte für Deeskalationsschritte zur nachhaltigen Entspannung durch den Rückzug der Streitkräfte im Grenzgebiet. Seiner Meinung nach sei es aber auch notwendig, dass der Westen einen Schritt auf Moskau zumahe und etwa ein Moratorium in Erwähnung ziehe: Die Entscheidung, ob die Ukraine ein NATO-Mitglied werde, könne später getroffen werden. Später – das war Zumachs Vortrag zufolge nach der Erfüllung des Minsker Abkommens mit dem Abzug der Söldner aus dem Donbas und der Zulassung von Regionalwahlen bzw. einem autonomen Sonderstatus. Später – das ist aber jetzt, wo es ganz anders gekommen ist.

MM

Mönchsberggarage - Langer Atem für den Widerstand

Die von Stadt und Land Salzburg geplante Erweiterung der Mönchsberggarage erfährt seit 2014 entschlossenen Widerstand. Durch Ausschöpfung von Rechtsmitteln konnte ein Baubeginn bisher verhindert werden. Immer mehr Menschen wurden seither überzeugt, dass dieses Projekt nicht mehr zeitgemäß ist. Die Gegner*innenschaft ist bunt gemischt: Von Menschen, die zusätzlichen Individualverkehr im Stadtgebiet ablehnen und/oder die Zerstörung des Landschaftsschutzgebiet Krauthügel verhindern wollen bis viele junge Aktivist*innen, die die Klimaschädlichkeit thematisieren. Aber auch Menschen, denen ein sinnvoller Einsatz von Budgetmitteln für die Stadt ein Anliegen ist.

Demokratie bedeutet, dass Menschen in dieser Stadt auch gehört werden und mitbestimmen können bei einem 40 (!) Millionen Projekt. Die jetzt im Frühjahr 2022 stattfindende hart erkämpfte Bürger*innenbefragung gibt endlich allen Gelegenheit dazu. www.neinzumloch.at

Hadwig Soyoye-Rothschädl

Das Zitat



BILD: pixabay | freie kommerzielle Nutzung

„Ein Krieg mit der Ukraine ist ein Schritt ins Nirgendwo. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Militäraktionen gegen die Ukraine. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder. Lassen Sie uns Wissenschaft betreiben, nicht Krieg!“ Offener Brief russischer Wissenschaftler*innen gegen den Krieg in der Ukraine (Der Standard, 28. Februar 2022). Viele sind Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, die seit ihrer Gründung 1724 zur renommiertesten Forschungseinrichtung der Russischen Föderation aufstieg.

„Schule ist keine Demokratie“

.... aber sie kann sich als Institution demokratisieren.

Das Gespräch führte Kristina Langeder-Höll.



FOTO: privat

Demokratiebildung muss sich ihrer Grenzen bewusst sein, um ihr positives Potential entfalten zu können, so Alexander Wohnig von der Universität Siegen. Damit kann Scheinpartizipation vermieden und ein Beitrag zu einer Demokratisierung von Institutionen geleistet werden. Im Interview gibt er Anregungen für die Praxis.

Kranich: Demokratiebildung oder Politische Bildung – wo sind die Unterschiede?

Wohnig: Im aktuellen Diskurs lässt sich eine terminologische Gleichsetzung beobachten: In der schulischen Politikdidaktik werden Konzepte, die man vorher unter „Politische Bildung“ gefasst hatte, nun als „Demokratiebildung“ bezeichnet. Ich würde aber sagen, dass Demokratiebildung und Politische Bil-

dung zwei Konzepte sind, die man voneinander unterscheiden kann. Politische Bildung in der Tradition der schulischen Politikdidaktik und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung stellt die kritische Analyse von Gegenständen in den Mittelpunkt. Demokratiebildung steht hingegen in einer sozialpädagogischen Tradition. In ihrem Mittelpunkt stehen Mitbestimmung, demokratische Partizipation und die Frage, inwiefern

diese in pädagogischen Institutionen überhaupt möglich sind, wie sie dort institutionalisiert sind, ob sie abgesichert sind usw.

Diese Unterscheidung ist sehr schematisch, denn natürlich spielt demokratische Partizipation in der politischen Bildung eine Rolle, genauso wie die Analyse von Gegenständen in der Demokratiebildung eine Rolle spielt. Dennoch würde ich sagen, dass sich die Konzepte unterscheiden lassen und es wenig bringt, einfach alte Praxen der politischen Bildung als Demokratiebildung neu zu etikettieren, ohne zu reflektieren, was in dem Konzept steckt. Vielmehr könnten Fachkräfte und Wissenschaftler*innen beide Konzepte zur Analyse der eigenen Professionalität und der Institutionen, in denen sie arbeiten oder in denen politische Bildung und/oder Demokratiebildung stattfindet, heranziehen.

Kranich: Einige Konzepte der Demokratiebildung wie der Klassenrat, Service-Learning oder Peer Mediation fokussieren mitunter stark auf soziales Lernen. Was ist das Politische daran?

Wohnig: Den Klassenrat würde ich als demokratiepädagogisches Konzept klassifizieren. Demokratiepädagogik ist ein Weg zur Demokratisierung von Schule, bei dem man aber auch annimmt, dass Schule per se nicht demokratisch ist. In der Schule gibt es sehr viele Projekte, die auf soziales Lernen fokussieren, wie z.B. Praktika in sozialen Einrichtungen. Da würde ich schon sagen, dass es Unterschiede zwischen sozialem und politischem Lernen gibt, dass die Übergänge aber fließend sind. Allerdings braucht es didaktische und pädagogische Rahmungen, damit das soziale Lernen in politisches Lernen übergeht. Nehmen wir das Beispiel Klassenrat: Dort lernen Schüler*innen, wie sie Dinge aushandeln, aber in einem bestimmten Rahmen. Ich würde sagen, dass politische Bildung mit den Schüler*innen analysieren würde, warum beispielsweise ausgehandelt werden kann, wie der Schulhof gestaltet wird,

aber nicht, wer welche Noten bekommt oder was im Lehrplan steht. Es ist die Kompetenz der pädagogischen Fachkraft, aus den sozialen Lernkontexten politische Bildung hervorzubringen. Bei den Sozialpraktika sieht es ähnlich aus: Schüler*innen in Pflegeeinrichtungen können z.B. feststellen, dass wenig Zeit für die Pflege ist. Politische Bildung würde da ansetzen und fragen, wieso es so wenig Zeit für Pflege gibt. Wer entscheidet, wie die Leute da bezahlt werden, wie viele Stunden sie arbeiten oder wie viel Zeit sie für jede*n zu Pflegenden*en haben? Daraus können Aspekte wie das Sozialstaatsgebot oder der Fachkräftemangel analysiert werden.

Kranich: Wie können die Übergänge von sozialem zu politischem Lernen konkret gestaltet werden?

Wohnig: Ich würde das mithilfe der Konfliktorientierung machen, einer politikdidaktischen Konzeption, die seit den 70er Jahren ständig weiterentwickelt wurde. Wenn wir beim Beispiel des Sozialpraktikums in einem Pflegeheim bleiben: Man würde davon ausgehen, was die Schüler*innen an dem kritisieren, was zu beobachten war, also z.B. zu wenig Zeit für die zu Pflegenden. Dann würde man versuchen, über diese subjektiven Erfahrungen zu politischen Konflikten und Problemen zu kommen, wie z.B. den Fachkräftemangel. Und diesen Konflikt kann man dann analysieren: Wer hat welches Interesse daran, dass es einen Fachkräftemangel gibt? Wer hat Interesse daran, dass er behoben wird? Wer hat die Macht, das zu entscheiden – welche Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es? Wie ist die rechtliche Lage? Aus dieser Analyse kommt man dann zu einer Urteilsbildung. Man sagt also nicht nur, was man schlecht fand, sondern eruiert die strukturellen Gründe für die wahrgenommenen Missstände. Dadurch wird man dann auch handlungsfähig und kann Adressat*innen finden, z.B. in Ministerien, die man mit dem eigenen Urteil konfrontiert. Somit geht man von der Analyse über die Urteilsbildung hin zur Partizipation.

Kranich: In der Literatur wird manchmal der Vorwurf erhoben, Demokratiebildung würde Demokratie idealisieren und dadurch eher affirmativ sein. Wie sehen Sie das?

Wohnig: Da würde ich unterscheiden. Es gab sicherlich in der Demokratiepädagogik eine Tendenz, Demokratie positiv aufzuladen und gegen Politik abzugrenzen: Demokratie sei das, wo alle mitentscheiden, Politik hingegen das, wo sich einige Leute mit Macht durchsetzen. Dieses Denkmuster hat Folgen, indem dann z.B. so was wie der Klassenrat als „Demokratie in der Schule“ oder „Schule als Demokratie“ verstanden wird. Das finde ich problematisch, weil der Klassenrat zwar ein Mittel zur Demokratisierung von Schule ist, das macht die Institution aber noch lange nicht zu einer Demokratie. Die sozialpädagogische Demokratiebildung hat hingegen eine kritische Perspektive, denn sie geht vom Demokratiekonzept nach Jürgen Habermas aus und begreift Deliberation als ihren Kern. Wenn im Jugendhaus also bspw. eine Entscheidung getroffen werden muss, die alle betrifft, dann müssen sich auch alle in der demokratischen Auseinandersetzung mit dem Thema befassen und zu einer Lösung kommen; es können nicht zwei Fachkräfte entscheiden, was 40 Jugendliche machen. Ansonsten würde ich sagen, dass diese klare Einteilung – auf der einen Seite haben wir das Kritische, auf der anderen das Affirmative – schwierig ist, denn auch das Kritische hat eine Form der Affirmation in sich. Schulische Bildung hat immer auch den Anspruch, auf die Gesellschaft vorzubereiten, Werte zu vermitteln und an die Gesellschaft anzupassen. Und so wie sie organisiert ist, ist sie immer auch Affirmation; wenngleich es Tendenzen eher zum Kritischen oder zum Affirmativen gibt.

Kranich: Wie kann sich Schule am besten in diesem Spannungsverhältnis entwickeln?

Wohnig: Lehrer*innen sollten sich schon im Studium damit auseinandersetzen, was Schule für eine Institution ist und welche gesellschaftliche Funktion sie hat. Aus dieser Perspektive kann man die Grenzen und Widersprüche thematisieren, die in Bildungskonzepten und in Schule als Institution eingeschrieben sind. Meine Überzeugung ist, dass man erst die Grenzen kennen muss, um eine positive Entwicklung anzustoßen. Wenn ich nicht sehe, wo die Grenzen des Klassenrats sind, dann

wird dieser Klassenrat auch hinsichtlich einer demokratiepädagogischen Weiterentwicklung von Schule nichts bringen, weil man dann eine simulierte Partizipation implementiert: Man vermittelt den Schüler*innen zwar, dass sie mitentscheiden können, aber an den Stellen, wo es für sie besonders relevant wird, können sie es tatsächlich nicht. Daher ist es wichtig, sich als Lehrperson bewusst zu sein, in welchem Spannungsverhältnis man seinen Job macht. Bildung bedeutet nicht immer nur die Befähigung zur Autonomie, Befreiung und Emanzipation, sondern Bildung ist auch immer Herrschaft und Anpassung. Ist man sich dieser Widersprüche bewusst, hat Schule eher das Potential, sich weiterzuentwickeln.

Kranich: Man macht sonst auch sehr vollmundige Versprechungen, die man so nicht halten kann.

Wohnig: Ja. Und die Kinder und Jugendlichen merken das sehr schnell und meinen, Demokratie im Klassenrat heißt, dass sie mal mitentscheiden dürfen, wer neben wem sitzt, aber bei relevanten Dingen sind sie außen vor. Demnach wäre auch hier Demokratie eine Sache der Expert*innen: Solange etwas irgendwie Bedeutung hat und die Bedeutung so gering ist, dass es niemanden stört, dürfen Schüler*innen mitentscheiden. Letztendlich ist es der Schule ja egal, ob der Klassenraum gelb, rot oder lila ist, aber es ist nicht egal, was man im Unterricht thematisiert, wer die Noten gibt usw. Das ist nicht aushandelbar. Es ist wichtig, die Grenzen im Blick zu haben, auch für die Lehrperson selbst: Manche denken vielleicht, dass sie demokratische Möglichkeiten der Partizipation anbieten und wundern sich, wenn diese nicht angenommen werden. Sie sollten im Blick haben, dass diese Möglichkeiten vielleicht so begrenzt sind, dass die Schüler*innen das durchschauen und bei so einer Simulation nicht mitmachen wollen.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch!

Alexander Wohnig ist Juniorprofessor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen. Er leitet u.a. ein DFG-Netzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung.

Lara Möller & Dirk Lange, Politikdidaktiker*innen



Demokratiebildung

Zur Einordnung im Kontext der politischen Bildung

Von Lara Möller & Dirk Lange.



Demokratiebildung und politische Bildung können einander auf fruchtbare Art und Weise ergänzen. Lara Möller und Dirk Lange zeichnen die wichtigsten normativen Grundlagen und pädagogisch-didaktischen Überlegungen nach und zeigen Schnittmengen und Unterschiede.

Demokratiebildung wird durchweg als eine Bereicherung für die Schule verstanden, jedoch bleibt häufig offen, was Demokratiebildung bedeutet, welche Rahmenbedingungen sie benötigt und in welchem Verhältnis sie z.B. zur Politischen Bildung steht (vgl. Wahnig, 2021, S. 48). Um uns dem Thema anzunähern, möchten wir zunächst auch die Begriffe „Demokratie“ und „Bildung“ ansprechen.

Demokratie ist mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Grundideen verbunden. Eine Demokratie zeichnet sich durch Merkmale wie regelmäßige, faire und freie Wahlen sowie politische und soziale Rechte für die Bürger*innen aus. In diesem Zusammenhang verstehen wir Demokratie nicht nur als eine Staatsform, sondern auch als eine Lebensform, an der die Bürger*innen sich beteiligen und die durch eine lebendige Zivilgesellschaft gekennzeichnet ist. Demokratie ist so nichts Statisches, sondern verändert sich stetig, muss somit auch kontinuierlich bespielt und schließlich kritisiert werden. Bildung kann im Bildungsverständnis nach Paulo Freire (1990) „als Prozess einer kritischen Bewusstwerdung [conscientização] über

gesellschaftliche Verhältnisse und die eigene Eingebundenheit darin mit der Perspektive der Veränderung hin zu weniger gewaltvollen Verhältnissen“ (Linnemann/Mecheril/Nikolenko, 2013, S. 10) verstanden werden.

Der Begriff der Demokratiebildung sollte daran anknüpfend grundsätzlich nicht einheitlich definiert werden: mit ihm sind diverse Zugänge und Diskurse verknüpft. Wiederum ist auch eine klare Abgrenzung zum Begriff der Politischen Bildung nicht einfach. So wird beispielsweise im 16. Kinder- und Jugendbericht „eine scharfe Abgrenzung der Begriffe Demokratiebildung und politische Bildung“ (BMFSFJ, 2020, S. 128) als nicht zielführend eingeordnet.

Neben vieler Gemeinsamkeiten und Überschneidungen beider Bildungsformen, nimmt Politische Bildung zunächst die kritische Analyse eines Gegenstandes bzw. „der Konflikte, die anhand politischer Kategorien strukturiert [sind], denen wiederum politische Fragen zugrunde liegen [...]“ (Fritz/Wahnig, 2021, S. 16) in den Blick. Politische Bildung trägt hier zur Herausbil-

dung individueller politischer Mündigkeit sowie Orientierungs-, Urteils- und Handlungsfähigkeit über politische Vorgänge bei. In diesem Kontext findet eine kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit und eine kritische Reflexionsleistung innerhalb der Demokratie statt (u.a. Autor*innengruppe Fachdidaktik, 2017).

In Abgrenzung davon kann Demokratiebildung so erfasst werden, dass sie die strukturelle Ebene von den Bildungsinstitutionen thematisiert, also die Frage nach Voraussetzungen und Potenzialen „der Bildungsinstitutionen zur Ermöglichung von Mitbestimmung und demokratischer Partizipation“ (Fritz/Wahnig, 2021, S. 16) stellt.

Damit sind bestimmte normative Prinzipien verbunden. Demokratiebildung kann mit Bezug auf Lange und Kenner als ein „vom Subjekt ausgehende[r] ganzheitliche[r] Prozess der Bildung zur Mündigkeit, basierend auf demokratischen Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit Solidarität und Emanzipation“ (Kenner/Lange 2019, 122) bezeichnet werden.

Für Demokratiebildung sind mit Orientierung an Himmelmann (2007) insbesondere drei Dimensionen von besonderem Interesse: die *Demokratie*, das *Demokratische* und die *Demokratisierung*. Die *Demokratie* (formale Dimension) werden die institutionellen Strukturen und der Prozess der Herstellung von allgemein verbindlichen Regeln angesprochen. Mit dem *Demokratischen* werden normative Grundlagen in Bezug auf Demokratie, wie demokratische Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Minderheitenschutz und Pluralismus erfasst. Die *Demokratisierung* bezieht sich auf den prozesshaften Charakter von Demokratie, da Demokratie stetig mitgestaltet werden muss (Möller/Lange, i.E., S. 5; Lange/Straub 2020, 4).

Sowohl bei der Politischen Bildung als auch bei der Demokratiebildung spielen die Lernenden selbst eine zentrale Rolle: Welche

BILD: Pixabay | freie kommerzielle Nutzung

Vorstellungen und Ideen haben sie zu politischen Themen? Welche Verständnisse und welches Vorwissen bringen sie in den Lernprozess mit? Schließlich geht es auch konkret darum, welche Erfahrung sie in ihrem Alltag und ihrer Lebenswelt sammeln und welche Denkmuster, aber auch konkreten Handlungsstrategien sie daraus entwickeln. In diesem Sinne muss Schule die Lernenden als politische Subjekte verstehen und neue demokratische Möglichkeitsräume und Lernanlässe bieten. Das betrifft z.B. die Gestaltung des Schulgebäudes als demokratischen Raum, die Lehr- und Lerninhalte und schließlich die Einbeziehung und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler*innen in diese Bereiche.

Literatur:

Autor*innengruppe Fachdidaktik

(2017): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

BMFSFJ 2020: 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.

Freire, Paulo (1990): Erziehung als Praxis der Freiheit. Stuttgart.

Fritz, Fabian/Wohnig, Alexander (2021): Sozialarbeitspolitik als Demokratisierung der Sozialen Arbeit. In: DREIZEHN. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Nr. 26. S.15-18.

Himmelmann, Gerhard (2007) Demokratie Lernen: als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Reihe Politik und Bildung. 3. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Kenner, Steve/Dirk Lange (2019) Schule als Lernort der Demokratie. In: Zeitschrift für Pädagogik und Theologie, Heft 71. H. 1/2019, S. 120–130.

Linnemann, Tobias/Mecheril, Paul/Nikolenko, Anna (2013): Rassismuskritik. Begriffliche Grundlagen und Handlungsperspektiven in der politischen Bildung. In: Zep Zeitschrift Für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 36 (2). S. 10-14.

Lange, Dirk/Straub, Sarah (2020): Demokratiebildung im österreichischen Parlament - heute und in Zukunft. (Gastbeitrag anlässlich der von der Interparlamentarischen Union (IPU) und den Vereinten Nationen organisierten Weltkonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten aller nationalen Parlamente 2020).

Möller, Lara/Lange, Dirk (i.E.): Demokratiebildung in Österreich. In: Beutel, Wolf-

gang et al. (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.

Wohnig, Alexander (2021): Kann Schule ein Ort für Demokratiebildung sein? Sozialpädagogische Demokratiebildung in der außerschulischen politischen Jugendbildung – Potentiale für die Schule durch Kooperationen. In: Wochenschau-Sonderausgabe 2021, S. 48-56.

Lara Möller ist Politikwissenschaftlerin am Demokratiezentrum Wien. Sie lehrt an der Historisch-Kulturwissenschaft-

lichen Fakultät und an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien sowie im Masterstudium Global Studies der Universität Graz.

Dirk Lange leitet das Demokratiezentrum Wien. Er lehrt Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien und der Leibniz Universität Hannover. Dirk Lange wurde als Honorary Professor der University of Sydney ausgezeichnet und ist wissenschaftlicher Berater der Gesamtkonzeption „Demokratiebildung im Österreichischen Parlament“.



HUBERT VON GOISERN

ZEITEN & ZEICHEN

TOUR

2022

DIE TOUR ZUM ALBUM

ÖSTERREICH - DEUTSCHLAND - SCHWEIZ - SÜDTIROL

ALLE TERMINE UNTER

HUBERTVONGOISERN.COM/TOURPLAN

ODER +49/89/74141610

TICKETS JETZT ERHÄLTlich

BEZAHLTE ANZEIGE

Lena Huber, Landesobfrau der Schülerunion Salzburg



Starke junge Stimmen - jetzt sind wir dran

Von Lena Huber.



BILD: Konstantin Gründler

Österreich verfügt über eine gesetzlich verankerte Schülerunion, die jungen Menschen die Möglichkeit gibt, sich einzubringen. Lena Huber, aktuelle Landesobfrau der Schülerunion Salzburg, gibt einen Einblick über ihre Erfahrungen, ihre Motivation und ihre Wünsche für eine Schule der Zukunft.

Das Schüler*innenvertretungssystem ist in Österreich einzigartig. Neben Zypern gibt es nur in Österreich eine gesetzlich verankerte Schüler*innenvertretung. Wir haben eine Grundlage uns wirklich einzubringen, etwas zu erreichen und jungen Stimmen Gehör zu verschaffen. Die Landesschüler*innenvertretung wird am Ende jedes Schuljahres von allen Schulsprecher*innen in Salzburg gewählt. Ein indirektes Wahlsystem, das den Schüler*innen die Partizipation gibt mitzustimmen und Demokratie aktiv zu leben. Als gesetzlich verankerte Vertretung ist man im aktiven Austausch mit der zuständigen Bildungsdirektion und dem Bildungsministerium. Ich selbst durfte zwei Jahre eine Stimme der Schüler*innen in Salzburg in der Landesschüler*innenvertretung sein. Mit einem Team der Schü-

lerunion durfte ich für diese Vertretung kandidieren und darf mich nach meiner Schulzeit nun weiter als Landesobfrau der Schülerunion Salzburg für die Schüler*innen Salzburgs einsetzen. Bis jetzt durfte ich mich selbst bereits enorm weiterentwickeln und ich konnte neue Kontakte knüpfen. Ich habe Fähigkeiten erlernt, die ich nur in der Schule nie erlernt hätte. Die Schülerunion ist für mich eine riesengroße Familie und ich bin wirklich dankbar, dass ich hier stehen darf und sagen kann, dass ich die Obfrau eines unglaublich vielfältigen Vereines bin, der sich tagtäglich für eine bessere Schule einsetzt.

Die Schülerunion ist mit über 30.000 Mitgliedern die größte Schüler*innenorganisation Österreichs, in der sich die

Mitglieder ehrenamtlich engagieren. Durch ihr vielfältiges Serviceangebot, wie zum Beispiel den Schulrechtsnotruf und diverse Weiterbildungen, gilt sie als wichtige Anlaufstelle für Schüler*innen. Darüber hinaus bringt sie ihre Forderungen in der Bundesschüler*innenvertretung (BSV) ein, in der sie im Schuljahr 2021/22 21 von 29 Mandate stellt. Die Bundesschulsprecherin Susanna Öllinger kommt ebenfalls von der Schülerunion. In den letzten Jahren konnten wir bildungspolitisch viel erreichen, wie zum Beispiel mehr Digitalisierung an Österreichs Schulen, den verpflichtenden Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht, verpflichtendes Lehrkraftfeedback und vieles mehr. Auch nach meiner Schulkarriere setze ich mich als Landesobfrau der Schü-

lerunion Salzburg weiterhin für die Schüler*innen ein. Warum? Weil Schule noch so viel mehr kann und ich mich für meine „Nachfolger*innen“ einsetzen und meine Erfahrung einbringen will. Doch das ist manchmal gar nicht so einfach. Treffen mit vielen Politiker*innen, meist mehr als 20 Jahre älter als ich. Inmitten der Gesprächsrunde das 19-jährige Mädchen, das „jammert“. Wenn es um die Schule geht, dann sollten doch wir als Expert*innen der Schule um Meinung gefragt werden. Bei unserer Meinung darf das Alter und schon gar nicht das Geschlecht eine Rolle spielen. In der Pandemie mussten wir als neue Generation sehr viel einstecken, doch jetzt sind wir laut und an der Reihe gehört und nicht vernachlässigt zu werden. Ich durfte bis jetzt auch viele andere Gespräche führen. Sie waren wertschätzend und Eindrücke, Meinung und Inputs, die ich bringen durfte, wurden wirklich ernst genommen. Ich bin dankbar, dass gerade in Salzburg sehr viele Politiker*innen sehr eng mit uns als Schülerunion zusammenarbeiten und mich und auch meinen Vorstand sehr viel in ihre Arbeit einbauen. So sieht echte Einbindung aus und nicht anders.

Besonders wir Schüler*innen waren von der Pandemie betroffen. Wir konnten sehr lange die Schule nur im Bildschirm erleben und unseren Freund*innen nur online zuwinken. Zu Beginn wurden wir vor große Herausforderungen gestellt. Nicht jede*r Schüler*in hatte ein digitales Endgerät, neue Tools, die wir nicht kannten, und einen Tag, den wir uns selbst neu strukturieren mussten. Die Pandemie brachte die Digitalisierung voran und wir Schüler*innen wurden ausgebildet mit technischen Geräten umzugehen. Wir konnten viele neue Learnings machen und sind nun Meister*innen der Selbstorganisation. Wir zeigen den Erwachsenen, was für eine starke Generation wir sind. Mit dem nächsten Schuljahr wird die digitale Grundbildung als eigenes Unterrichtsfach in den Lehrplan integriert und den Schüler*innen wird weiterhin der Umgang mit den digitalen Endgeräten gelehrt. Ein Instrument, das uns in all unseren demokratischen Entscheidungsfindungen helfen kann. Parteiprogramme googeln, sich über Tagespolitik informieren und Zeitungen in jedem Eck auf der Welt lesen können.

Die digitale Welt bringt aber leider auch viele Risiken mit sich. Fake-News, Schönheitsideale und vieles mehr. Ich mache mein Instagram auf und sehe eine perfekte Familie, ohne Probleme und mir wird das Bild vermittelt: „Ja bei denen läuft alles, wie im Bilderbuch.“ Uns ist im Internet meist nicht bewusst, dass man genau von solchen Influencer*innen nicht mal einen kleinen Bruchteil des wahren Lebens mitbekommt. Es werden nur die positiven Seiten am Leben geteilt und nur selten wird über Probleme gesprochen. „Wie geht's dir?“ - „Ja ganz gut und dir?“. Es ist einfach zu sagen, dass es einem gut geht. Es ist einfach, nicht zu sagen, wie es einem wirklich geht. Es ist einfach, seine Probleme zu verstecken. Schwer ist es jedoch zu sagen, dass es einem nicht gut geht und man sich gerne professionelle Hilfe holen würde. Genau diese Probleme von Schüler*innen beschäftigen mich tagtäglich in meiner Arbeit als Interessensvertreterin. Im Bereich der psychischen Gesundheit muss noch so viel mehr gemacht werden. Es muss eine Enttabuisierung in der Gesellschaft und einen Ausbau der Schulpsychologie geben. Es ist okay sich nicht okay zu fühlen und es ist jetzt die Zeit, dass das Thema Mental Health zu einem ganz normalen Thema wird. „Ein Problem mit der mentalen Gesundheit ist für die meisten Schüler*innen inzwischen ein Thema, welches sie auch selbst betrifft. Es braucht also einen stärkeren Fokus auf das Thema, welcher nicht von Stigmatisierungen oder Vorurteilen behaftet ist!“, so Frederik von Maldegheim, Landesgeschäftssekretär der Schülerunion Salzburg und Maturant im Gymnasium St. Ursula Salzburg. Zahlen und Fakten liefert auch eine Studie der Donau-Universität Krems in Kooperation mit der medizinischen Universität Wien. Von den rund 3000 teilnehmenden Schüler*innen leiden 55 Prozent unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten, ein Viertel unter Schlafstörungen und 16 Prozent haben suizidale Gedanken. Erschreckende Zahlen und ein Aufruf für eine Veränderung und Unterstützung in diesem Bereich.

Schule kann noch so viel mehr und genau dafür braucht es die Schüler*innenvertretung. Wir sind jene, die Probleme in ein ganz anderes Licht rücken. Wir bringen neue gedachte Vorschläge und sind die

Expert*innen des Schulalltags. Daher appelliere ich an alle Schüler*innen: Macht euch für eure Ideen und Probleme stark. Liefert Lösungsvorschläge und zeigen wir gemeinsam der Politik, was wir draufhaben und dass wir keine verlorene Generation sind. Die Bildungspolitik ist die erste Möglichkeit für Schüler*innen aktiv gelebte Politik und Demokratieprozesse kennenzulernen. Nutzen wir also die Möglichkeit, dass unsere starken jungen Stimmen gehört werden. Denn Schule kann noch so viel mehr. Forderungen und Ideen einbringen zeigt von sehr viel Mut und Herzenthemata können eingebracht werden. „Persönliche wirtschaftliche Entscheidungen im Alltag begleiten uns ein Leben lang, beginnend mit dem ersten Taschengeld oder dem Kauf des ersten Autos, bis hin zum Einzug in die erste Wohnung. Das fehlende Bewusstsein für Folgen von finanziellen Entscheidungen kann zu Gefahren wie Verschuldung bereits in jungen Jahren führen. Um dem entgegenzuwirken, muss beispielsweise jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit haben, einen Finanz- oder Unternehmerführerschein zu machen. Man sollte sich nach der Schule im Leben zurechtfinden können, egal welchen Schultyp man besucht hat.“, so Theresa Golser BMHS-Landesschulsprecherin und Schülerin der BAFEP Salzburg. Ein Herzenthemata, das sie vor der Politik zur Umsetzung bringt. Setzen wir uns für eine Schule ein, die individuell auf jede*n Schüler*in eingeht. Eine Schule, die Freude am Leben weckt. Eine Schule, die aufs Leben vorbereitet. #weilschulemehrkann

Verweise:

Schülerunion Österreich, <https://schuelerunion.at> (letzter Zugriff: 7. März 2022).

Bundesschülervertretung, <https://www.bsv.at> (letzter Zugriff: 7. März 2022).

Donau-Universität Krems & Medizinische Universität Wien (2021): 16 Prozent der SchülerInnen haben suizidale Gedanken, <https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/16-prozent-der-schuelerinnen-haben-suizidale-gedanken.html> (letzter Zugriff: 7. März 2022).

Lena Huber, 19 Jahre, stolze Salzburgerin. Sie studiert Lehramt an der Universität Wien und ist Landesobfrau der Schülerunion Salzburg.

Kristina Langeder-Höll, Mitarbeiterin im Friedensbüro Salzburg



Den Klassenrat (neu) entdecken

Ein Angebot für pädagogische Fachkräfte

Von Kristina Langeder-Höll.

Der Klassenrat bietet eine Möglichkeit, Schule zu demokratisieren: Schüler*innen handeln dabei für sie relevante Themen in einem klar strukturierten Forum aus. Wird ihre Stimme gehört, erfahren sie Selbstwirksamkeit, üben sich in demokratischen Aushandlungsprozessen und Partizipation.

Dass niemand als Demokrat*in geboren wird, ist weder eine neue noch eine besonders kontroverse Erkenntnis. Ein Bewusstsein für Demokratie und Politik sowie die damit verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse – wie etwa demokratische Werte anzuerkennen, eigene Interessen einzubringen, sich auch für andere einzusetzen sowie unterschiedliche Meinungen tolerieren und Konflikte konstruktiv aushandeln zu können – müssen sich kontinuierlich entwickeln und permanent reflektiert werden.

Demokratiepädagogik an Schulen

Schule ist in diesem Kontext von Widersprüchlichkeiten geprägt: Einerseits ist sie hierarchisch gegliedert und erfüllt bestimmte gesellschaftliche Funktionen, die einen zum Teil rigiden Rahmen für (demokratie-)pädagogisches Handeln vorgeben. Andererseits verfolgt sie die Ausbildung von Kritikfähigkeit, Mündigkeit und Emanzipation als Bildungsziele und stellt somit auch einen Möglichkeitsraum für Demokratiepädagogik dar. Der Bildungsauftrag an Schulen, Gelegenheitsstrukturen für demokratisches Handeln und Partizipation zu schaffen, ist rechtlich vor allem in der UN-Kinderrechtskonvention (1989) und im Schulunterrichtsgesetz (1964) gedeckt. So heißt es in Artikel 4 der UN-Kinderrechtskonvention, die Österreich 1992 anerkannt und 2011 in das Bundesverfassungsgesetz aufgenommen hat: „Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise.“ § 58 des Schulunterrichtsgesetzes verankert die Schülermitverwaltung inkl. der Wahl von Klassen- und Schulsprechern, § 64 die Einrichtung eines Schulgemeinschaftsausschusses. Aber auch der Grundsatzterlass Politische Bildung 2015 legt als fächerübergreifendes

Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen fest, dass Schule einen bedeutenden Beitrag „zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung der Demokratie und Menschenrechte“ zu leisten hat. Betont wird dabei vor allem die Rolle der Schuldemokratie, denn Schule solle „ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird. So können Kinder und Jugendliche möglichst früh erfahren, dass sie nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern auch, dass jeder und jede Einzelne durch aktives Engagement Veränderung bewirken kann.“

Der Klassenrat als Weg in die Praxis

Demokratiepädagogik ist also ein realer Anspruch im österreichischen Schulwesen. Im Schulalltag stellen sich Lehrer*innen allerdings häufig die Frage, wie demokratisches Handeln konkret in der Praxis gefördert werden kann. Ein bewährtes Tool dafür ist der Klassenrat, ein regelmäßig stattfindendes und gut strukturiertes Format, in dem Schüler*innen vielfältige Anliegen der Klassengemeinschaft gegenseitig wertschätzend und konstruktiv besprechen und verhandeln können. Auch tagespolitische Themen und gesellschaftliche Herausforderungen, welche die Schüler*innen beschäftigen und die ihnen am Herzen liegen, können im Klassenrat besprochen werden.

In der gemeinsamen Auseinandersetzung stärken Schüler*innen ihre demokratischen Kompetenzen und sammeln Partizipationserfahrungen. Sie erleben sich als aktiv Handelnde, übernehmen Verantwortung und erkennen, dass verschiedene Bereiche ihres alltäglichen Lebens von Politik durchdrungen sind. Das erscheint besonders deshalb relevant, weil junge Menschen zunehmend eine Distanz zu politischen Institutionen und Parteien empfinden und insbesondere bildungsbenachteiligte Jugendliche oftmals kaum Bezüge zwischen politischen Themen und

ihrer Lebenswelt herstellen können. Häufig wird jungen Menschen deshalb ein politisches Desinteresse unterstellt und das Recht abgesprochen, sich im öffentlichen Raum politisch zu artikulieren. Diese Zuschreibungen treffen allerdings nur bedingt zu, denn Jugendliche zeigen ein steigendes Interesse an Politik – allerdings abseits formaler Institutionen. Je früher Schüler*innen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme geschätzt und gehört wird, desto eher können sie die Bedeutung des Politischen für ihre Lebenswelt erkennen und ihre Selbstwirksamkeit wird gestärkt. Partizipation kennt daher auch keine Altersgrenze: Bereits jüngere Kinder können etwa bei der Planung von Spielplätzen miteinbezogen werden, wenngleich hier auf die entwicklungspsychologischen Voraussetzungen Rücksicht zu nehmen ist.

Die Früchte des Klassenrats

Der Klassenrat eröffnet einen geschützten, pädagogisch gestalteten Raum, in dem Schüler*innen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse durchführen. Sie lernen, Verantwortung für verabredete Aktivitäten und Handlungen zu übernehmen. Neben der Stärkung demokratischer Kompetenzen werden auch soziale Fähigkeiten gefördert: Indem sich die Schüler*innen gemeinsam ausprobieren und am Prozess wachsen, verbessert sich auch die Qualität des Miteinanders sowie die Gesprächskultur in der Klasse.

Eine lösungsfokussierte Herangehensweise lenkt dabei den Fokus hin zu den Fähigkeiten, Fertigkeiten und Potentialen von Schüler*innen. Dadurch werden die vorhandenen Ressourcen der Klasse betont, was motivierend wirkt, die gegenseitige Wertschätzung fördert und die Klassengemeinschaft stärkt.

Unser neues Angebot

Die Vorteile des Klassenrates liegen in seiner klaren Struktur – das bedeutet aber nicht,

dass er in seiner Umsetzung einfach zu handhaben ist. Der Rahmen und somit auch die Grenzen, die Schule als Institution für Demokratiepädagogik setzt, müssen bei der Umsetzung des Klassenrats auch mit den Schüler*innen reflektiert werden (s. Interview mit Alexander Wohnig in diesem Heft). Mit unserem Projekt „einfach klasse! Demokratie im Klassenrat leben“ möchten wir pädagogische Fachkräfte aller Schulstufen dabei unterstützen, sich innerhalb der beschriebenen Ambivalenzen zu orientieren und den Klassenrat erfolgreich in ihren Institutionen zu implementieren. Die Fortbildung eignet sich insbesondere für Lehrer*innen, Schulleiter*innen, Beratungslehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Lehramtsstudierende, Pädagog*innen, Studierende der Erziehungswissenschaft u.v.m.

Im Sinne der umfassenden Verwurzelung und Kultivierung des Klassenrats bietet das Friedensbüro zusätzlich die Möglichkeit, Schulen bei der Implementierung zu begleiten und Schüler*innen und pädagogische Fachkräfte durch Fortbildungen, Workshops und Projekte zu unterstützen. Angebote zum demokratischen Sprechen wie etwa Argumentationstrainings, das freie Philosophieren

oder gewaltfreie Kommunikationen stehen den Schulen dabei ebenso zur Verfügung wie Angebote zu demokratierelevanten Themen wie Populismus, Extremismus, Diversität oder soziale Ungleichheit. Abgerundet wird das Angebot durch Workshops des Sozialen Lernens, der Gewaltprävention und der Konfliktbearbeitung.

Interessent*innen können sich ab 2022 für die Fortbildung anmelden. Nähere Informationen sind auf unserer Homepage (www.friedensbuero.at) zu finden.

Literatur:

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Rechte von Kindern, Jahrgang 2011, (BGBl. I Nr 4/2011), online unter https://rdb.manz.at/document/ris.c.BGBl_I_Nr_4_2011/formats/ris.c.BGBl_I_Nr_4_2011.pdf (letzter Zugriff: 6. März 2022).

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Schulunterrichtsgesetz, 46. Stück, Jahrgang 1974 (SchUG 1974), online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1974_139_0/1974_139_0.pdf (letzter Zugriff: 6. März 2022).

BMBF-33.466/0029-I/6/2015

Kohl, Wiebke & Marc Calmbach (2012): Unsichtbares Politikprogramm? Lebenswelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Benedikt Widmaier, Frank Nonnenmacher (Hg.), Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen, Schwalbach/Ts., 17-26.

Farin, Klaus (2020): Jugend – Politik – Partizipation. In Moritz Peter Haarmann, Steve Kenner, Dirk Lange (Hrsg.), Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Wiesbaden, 129-138.

Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa. Informationswebsite des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), Kinder- und Jugendpartizipation, online unter https://www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html (letzter Zugriff: 6. März 2022).

Kristina Langeder-Höll ist als Referentin für politische Bildung im Friedensbüro tätig und arbeitet als Universitätsassistentin an der Universität Wien (Didaktik der Geschichte).



**DEMOKRATIE
IST KEIN GESCHENK...**

**...das uns ganz selbstverständlich
für alle Zeit gehört.
Demokratie muss stets aufs Neue
vermittelt, verteidigt und gelebt werden.**

**DIE GRÜNEN
SALZBURG**

Barbara Wick, pädagogische Leiterin des Friedensbüro Salzburg



Soziallust statt Pandemiefrost

Peer Education als Mittel zur Partizipation und Demokratiebildung

Von Barbara Wick.

Peer Education gesteht Schüler*innen mehr Verantwortung bei der Gestaltung des Miteinanders zu und kann so Partizipation ermöglichen und Schule demokratisieren.

Geübt darin, sich selbst zurück zu nehmen und grundlegende Bedürfnisse wie Kontakte mit anderen in Form von ungezwungenen Treffen zu reduzieren, erleben wir Schüler*innen gegenwärtig häufig frustriert und demotiviert. Die anfängliche Freude am Wiedersehen wird schnell getrübt durch die Erkenntnis, dass es nun darum geht, Lernrückstände aufzuholen und nachzuarbeiten. Der Wunsch, sich wieder produktiv, aktiv und wirksam zu erleben, ist gerade jetzt groß, daher ist der Zeitpunkt günstig, Projekte, die von der aktiven Mitgestaltung durch Schüler*innen geprägt sind, wieder ins Rampenlicht zu rücken.

Im Friedensbüro gibt es langjährige Erfahrungen zur Peer Education und zu partizipativen Schulprojekten. Die Wirksamkeit von Peer Education kann vereinfacht über das Lernen mit und von Gleichaltrigen erklärt werden. Kinder und Jugendliche treten als Multiplikator*innen oder Peers auf, um ihre Erfahrungen und Kompetenzen an Altersgenoss*innen weiterzuvermitteln und eine altersadäquate Unterstützung bei der Klärung von sozialen Konflikten anzubieten. Im Rahmen von gewaltpräventiven Ansätzen denken immer mehr Schulen daran, Peer-Mediationsprogramme zu verankern. Zur erfolgreichen Umsetzung werden einerseits Schüler*innen gesucht, die im Rahmen von mehreren Modulen mediative Gesprächstechniken erlernen, um Mitschüler*innen bei der Bearbeitung von Konflikten lösungsorientiert und konstruktiv zu begleiten. Zudem sind gut ausgebildete Pädagog*innen (Peer-Coaches) erforderlich, die das Projekt begleiten und sich für die Umsetzung am Schulstandort verantwortlich zeigen.

Die besondere Effektivität der Peer-Mediation ergibt sich auch dadurch, dass die in etwa gleichaltrigen Peer-Mediator*innen direkt an den spezifischen Bedürfnissen, Fragen und Problemen ihrer Schulkolleg*innen andocken und auf Augenhöhe mit den Streitparteien kommunizieren.

Mediative Elemente werden bereits in der Volksschule eingesetzt. Demzufolge bietet das Friedensbüro die Ausbildung zu Peer-Mediation ab dem Volksschulalter in allen Schulstufen an. Um Peer-Mediation erfolgreich und langfristig wirksam als Teil der Schulentwicklung zu implementieren, ist die Erhaltung der Motivation von Pädagog*innen wie Peer-Mediator*innen wesentlich. Die externe Projektbegleitung durch das Friedensbüro kann der Gefahr der Versandung entgegenwirken. Gemeinsam erstellte Checklisten für die wichtigsten Maßnahmen der Implementierung, Beratungseinheiten für Pädagog*innen oder weiterführende Gesprächsmodule für knifflige Gesprächssituationen u. a. werden in diesem Zusammenhang angeboten.

„Welcome Buddies“, die den Neuankömmlingen helfen sich zurecht zu finden, haben sich an Schulen ebenfalls bewährt. Ältere Schüler*innen, die in dem Projekt als Buddies fungieren, sind Ansprechpartner*innen, um anfängliche Unsicherheiten abzufedern und den Einstieg in die Schule zu erleichtern. Schüler*innen der ersten Klassen erhalten bereits während der Ferien einen Willkommensbrief von ihrem Buddy. In der Schule angekommen, werden die Neuen mit den Besonderheiten der Schule vertraut gemacht. Außerdem stehen Buddies bei der Klärung von Konflikten oder individuellen Problemen ihrer Schützlinge zur Verfügung. Über die Funktion als Buddy nehmen Schüler*innen ihre Rolle in der Bildungseinrichtung in einer neuen Perspektive wahr. Das Übernehmen von Verantwortung für andere und das Ausüben einer Funktion korrespondieren mit offen geäußelter Wertschätzung auf vielen Seiten.

Auch dieses Programm lebt von engagierten Pädagog*innen, die im Rahmen einer Projektgruppe das Projekt auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Schule abstimmen und die Buddies begleiten. Friedensbüro-Referent*innen können dieses Programm

über einen längeren Zeitraum begleiten und die Umsetzung dadurch wesentlich erleichtern.

Es ist erfreulich, dass Projekte, die methodisch über die Interaktion zwischen den Peers funktionieren, mittlerweile auch als Qualitätsmerkmal und wichtiges Aushängeschild an Schulen gesehen werden. Rückmeldungen von Projektschulen zeigen, dass die Schulzufriedenheit und die Lernmotivation steigen, wenn Schüler*innen Mitverantwortung übernehmen können. Bildungsstätten, die Buddy-Projekte, die Peer Mediation oder auch den Klassenrat als demokratische, diversitätssensible Formate anbieten, zeigen, dass Raum zur Mitgestaltung geschaffen wurde, indem sich Schüler*innen mit ihren Ressourcen einbringen und Selbstwirksamkeit erleben können.

Barbara Wick ist pädagogische Leiterin im Friedensbüro Salzburg. Als ausgebildete Sozialarbeiterin, Mediatorin, Deeskalationstrainerin und Theaterpädagogin verfügt sie über langjährige Erfahrung in der Leitung von Fortbildungen, Workshops und Projekten für unterschiedliche Altersgruppen.

HINWEIS

Mit der Diskussionsveranstaltung am 24.2.2022 zum Thema „**Korruptes Österreich!**“ ist auch in Salzburg das Antikorruptionsvolksbegehren angekommen. Heide Schmidt, Walter Geyer und Heinz Mayer haben in St. Virgil die Salzburger Initialzündung gegeben für ein Engagement für eine Demokratisierung unserer politischen Kultur. Vom 2.-9. Mai sollen 100tausende ihrem Willen mit ihrer Unterschrift eine Stimme geben. In Salzburg hat damit der Einstieg in eine kraftvolle Beteiligung der Salzburger:innen begonnen.
<https://antikorruptionsbegehren.at/>

Roswitha Müller

Ein Blick von innen auf das Friedensbüro

Interview mit Geschäftsführer Hans Peter Graß

Das Gespräch führte Desirée Summerer.



BILD: Friedensbüro Salzburg

Im Lauf der Zeit hat sich das Friedensbüro verändert, Akzente haben sich verschoben oder wurden neu gesetzt. Wir nutzen die Gelegenheit, um uns und unsere Schwerpunkte kurz vorzustellen - und wollen auch hören, wie unsere Leser*innen das Friedensbüro wahrnehmen.

Kranich: Viele der Leser*innen kennen den Verein sehr gut, andere vielleicht noch weniger. Bestimmt ist es aber für alle erfrischend in drei knappen Punkten zu hören, wo sich das Friedensbüro aktuell sieht, welche Schwerpunkte es verfolgt und wie es Projekte realisiert. Also – Was macht das Friedensbüro Salzburg?

Graß: Das Friedensbüro ist ganz bewusst sehr breit aufgestellt. Wir lehnen uns an das Prinzip an, dass das Private politisch ist und das Politische privat. So arbeiten wir mit beiden Zugängen: Einerseits mit dem Pädagogischen

und der Selbsterfahrung, und andererseits mit dem Politischen auf lokaler als auch auf globaler Ebene.

„Frieden ist nicht der Bahnhof, in den man einfährt, sondern der Zug, in dem man sitzt.“ Dieses Zitat einer irischen Friedensaktivistin unterstreicht das Prozesshafte unserer Arbeit sehr gut. Denn Frieden ist nunmal auch kein starrer Zustand, sondern gesellschaftliche Auseinandersetzung. Das Friedensbüro ist ein Ort, in dem solche Lernprozesse initiiert und begleitet werden.

Kranich: Frieden ist ein großer Begriff. Wo liegen denn die Schwerpunkte in der Arbeit des Friedensbüros?

Graß: Aus unserem Zugang und unserer Geschichte ergeben sich drei Schwerpunkte: Zum einen ist das die friedenspädagogische Arbeit. Pädagogische Arbeit verstehen wir breit: Sie umfasst neben dem Austausch mit Kindern auch Jugendliche und Erwachsene. In diesem Bereich sind wir vor allem schulisch orientiert, aber nicht nur.

Das zweite Standbein ist die kommunalpolitische Arbeit. Wir sind deutlich auf Salzburg bezogen und kooperieren hier auch stark mit der Zivilgesellschaft in Bezug auf lokale Fragen.

Der dritte Schwerpunkt betrifft die politische Bildungsarbeit. Neben Informa-

tionsangeboten stellen wir uns hier den Fragen: Wie vermittelt man Inhalte sinnvoll? Wie kann man damit Friedensprozesse unterstützen?

Kranich: Der Prozess führt kontinuierlich zu neuen Themen und Formaten: Wie finanziert das Friedensbüro diese Vorhaben?

Graß: Wir haben Projekte, die über Teilnahmebeiträge ausfinanziert werden. Das sind in erster Linie unsere Lehrgänge, Workshops und Seminare. Hier decken die Teilnehmer*innen die Kosten. In den Bereichen, in denen wir ebenso einen klaren gesellschaftlichen Auftrag sehen, aber wo bekanntlich Eigenmittel nicht oder nur wenig zur Verfügung stehen, suchen wir um öffentliche Förderungen und Subventionen an. Die dritte Ebene der Projektfiananzierung decken Spenden und Mitgliedsbeiträge. Gerade diese Mittel sind sehr wichtig für unseren Verein, denn sie gewährleisten unsere Unabhängigkeit und bedeuten gleichzeitig auch Anerkennung.

Kranich: Vielen Dank für diesen Einblick, Hans Peter!

Hans Peter Graß ist Geschäftsführer des Friedensbüros Salzburg.

FEEDBACK

Das Friedensbüro Salzburg arbeitet seit über 35 Jahren in öffentlichem Interesse. Dank breiter Unterstützung wächst und verändert sich das Angebot des Vereins laufend. Viele Förderer*innen und Mitglieder des Vereins begleiten uns schon lange, viele sind im Laufe dazugestoßen.

Dieser Ausgabe des Kranich liegt ein Fragebogen für Mitglieder, Kranich-Leser*innen und alle, die das Friedensbüro kennen, bei. Damit einher geht unser großer Wunsch an euch, diesen online oder gedruckt auszufüllen und an uns zu retournieren. Denn es ist uns sehr wichtig, zu hören, wie ihr das Friedensbüro seht, wir ihr es nutzt und was euch noch an Angeboten fehlt. Bitte nehmt euch ein paar Minuten Zeit dafür – wir danken euch bereits hier ganz herzlich!

Wer Lust am Gewinnspiel hat, erhält auf diesem Weg die seltene Gelegenheit eines der Korb- und Taschen-Unikate* aus Friedensbüro-Werbebanner zu gewinnen.

**Danke an das Team vom Projekt „easy“!*

VERANSTALTUNG

„UM_CARE ZUM MITEINANDER“

„Gesprächsabend zur Fürsorge heute und in der Welt von morgen“

Montag, 2. Mai 2022, 18 Uhr

Afro-Asiatisches Institut, Clubraum (EG)
Wiener-Philharmoniker-Gasse 2, 5020 Salzburg

Schon jahrhundertlang beuten kapitalistische Wirtschaftsweisen nicht nur Lohnarbeit, sondern gerade auch unbezahlte Arbeit aus, nicht zuletzt im Sorgebereich (>Care<). „UmCare zum Miteinander“ ist der Untertitel von Friederike Habermanns Buch Ecommomy (Wortspiel mit Economy), das anhand des Commons-Konzepts ein Wirtschaftssystem beschreibt, das ohne solche Ausbeutung auskommt. Darin wird Eigentum, das auf Ausschluss beruht, durch Besitz ersetzt: Es zählt, wer etwas tatsächlich braucht und gebraucht. „UmCare zum Miteinander“ bezeichnet dabei die gesellschaftliche Orientierung unseres Lebens an gemeinschaftlicher Fürsorge. An diesem Abend diskutieren wir praktische Lösungswege auf unterschiedlichen Ebenen.

Mit: Friederike Habermann (Deutschland) Ökonomin, Historikerin, Politologin, Autorin und Aktivistin

Eine Kooperation von Afro-Asiatisches Institut, Friedensbüro Salzburg, Fachhochschule Salzburg, Katholische Frauenbewegung, Katholischer Akademiker/innen Verband, Omas gegen rechts.

VERANSTALTUNG

„WIEDER REDEN - BRÜCKEN BAUEN“

„Einladung zum Tummelplatz der Argumente“

Freitag, 1. April 2022, 17:30 - 21:30

Congress Saalfelden, 3. Stock

Die letzten Monate haben wenig Raum und Möglichkeit zum gepflegten Austausch unterschiedlicher Meinungen geboten. Vieles hat sich ins Internet und in die sozialen Medien verlagert und war dort oft von Provokation, Anfeindung und Ausgrenzung geprägt. Die Folge war vielfach Sprachlosigkeit.

Jetzt ist es wieder möglich, sich zusammenzusetzen und aus der Sprachlosigkeit wieder ins Reden zu kommen! Wir bieten Raum für den Austausch von Argumenten zu Themen wie Verantwortung für andere, individuelle Freiheit, Impfpflicht u.v.m. Es ist Platz für Ärger, Wut und Wünsche, aber auch für Zuhören. Alle Standpunkte sind wichtig, um eine tragfähige Brücke zu bauen!

Mit: Barbara Wick, Kristina Langeder-Höll, Martin Seibt

Information & Anmeldung:

bibliothek@bz-saalfelden.salzburg.at

Eine Kooperation von BZ Saalfelden und Friedensbüro Salzburg. Gefördert aus Mittel der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Impressum: SPÖ-Gemeinderatsklub, Mirabellplatz 4, 5020 Salzburg.

WENIGER SKANDALE

MEHR DEMOKRATIE

SALZBURG KANN MEHR TEAM AUINGER

DIE NEUE SPÖ

BEZAHLTE ANZEIGE

GESPRÄCHSKREIS

„ZÄMHEAN UND AUSREDN“

„Zu Bedürfnissen in der Pandemie“

Die Pandemie hat unser Leben in den letzten zwei Jahren gehörig durcheinander gewirbelt. Ganz unabhängig von unseren persönlichen Zugängen zu den Auswirkungen der Pandemie und den angeordneten Maßnahmen wurden viele unserer persönlichen Grundbedürfnisse beeinträchtigt und ins Wanken gebracht. Gleichzeitig haben wir erlebt, wie viel Durchhaltefähigkeit und Kreativität wir an den Tag legen können, wie sich überraschende Perspektiven eröffnen und anfangs irritierende Fragestellungen zunehmend verändern oder klären können.

In diesem Gesprächsformat geht es nicht darum, zu überzeugen, sondern von sich zu erzählen und zuzuhören. In einem kleinen Kreis tauschen wir uns, begleitet durch eine Moderation, über persönliche Erlebnisse, Beeinträchtigungen und Irritationen, aber auch über Humorvolles aus. Dabei stellen wir Gruppenzugehörigkeiten in den Hintergrund und geben dem Differenzierten und Ambivalenten den Vorzug vor dem Entweder-Oder. So entsteht ein vertrauensvoller Rahmen, der Platz für das Auf- und Zumachen lässt.

- Angesprochen sind Personen, die mit Menschen aus dem familiären, beruflichen, nachbarschaftlichen oder kommunalen Umfeld in einem geschützten Rahmen ins Gespräch kommen oder im Gespräch bleiben wollen.
- Initiiert werden die jeweiligen Gespräche von einem/r Gastgeber*in, der/die sich um die Zusammensetzung der Gruppe und das räumliche Setting (private, berufliche, öffentliche, virtuelle, kulturelle oder sakrale Räume) kümmert.
- Das Friedensbüro stellt die Moderation zur Verfügung. Den Gastgeber*innen entstehen keine Kosten.
- Das Gesprächssetting bietet Platz für mindestens 3 und höchstens 5 Personen und dauert 90 Minuten.
- Das Projekt versteht sich als inklusiv und versucht, auf sprachliche und kulturelle Besonderheiten so weit als möglich einzugehen.
- Die Gespräche haben keinen therapeutischen Anspruch und geben persönlichen Herabwürdigungen und Verschwörungsmythen keinen Platz.
- Sie finden in vertraulichem Rahmen statt und geben keine Informationen nach außen.

Ein Projekt des Friedensbüro Salzburg mit Unterstützung von Stadt und Land Salzburg.

VERANSTALTUNG

„WAHRHEIT“

Veranstaltung zur Erinnerung an die Bücherverbrennung 1938

Samstag, 30. April 2022, 11 Uhr

Salzburg-Museum (Kuenburg-Saal) und Mahnmal am Residenzplatz

Persönliche Wahrnehmungen und Meinungen verdrängen zunehmend wissenschaftliche Erkenntnisse und Wahrheiten. Immer mehr Menschen scheinen mit Aufklärung und Wirklichkeit auf Kriegsfuß zu stehen: Zweifel und Gerüchte, Fake-News und Lügen, Verschwörungstheorien und Mythen überlagern oft die WAHRHEIT. Was passiert aber mit einer Gesellschaft, die Fakten nicht mehr als solche erkennt und akzeptiert? Was, wenn die Wahrheit zwischen "alternativen" und echten Tatsachen verloren geht? Über diese und andere Fragen diskutieren engagierte Persönlichkeiten aus den Perspektiven kritischer Wissenschaft, Philosophie und Politologie sowie von Kunst und Literatur.

Mit: Barbara Blaha, Mirjam Zadoff, Ilija Trojanow, Brita Steinwendtner, Irmi Messin (Musik)

Moderation: Günther Kaindlstorfer

Eine Veranstaltung der Initiative Freies Wort mit dem Salzburg Museum und zahlreichen Kooperationspartnern sowie mit freundlicher Unterstützung von Stadt und Land Salzburg sowie der Republik Österreich.



Kranich-Abo:

4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:

Mitglied: 30 Euro

Fördermitglied: 60 Euro

StudentIn, Zivi, Wehrdiener: 18 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.



Wir danken für die Unterstützung:



Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:



WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

OFFENLEGUNG

lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der **KRA/NICH** ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.



Impressum:

Kranich 1/22, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

GEDENKSTUNDE

Gedenkstunde für Roma und Sinti
Freitag, 29. April 2022, 11 Uhr

Am Mahnmal, Ignaz Rieder Kai 21
5020 Salzburg

Der Kulturverein österreichischer Roma und das Friedensbüro Salzburg laden ein zur Gedenkstunde für Roma und Sinti 2022.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurden am ehemaligen Trabrennplatz Sinti und Roma eingesperrt und von dort in das so genannte „Zigeunerlager“ Maxglan gebracht. Die meisten von ihnen wurden später in Auschwitz ermordet.

FEST ZUM ROMATAG

Podiumsdiskussion & Fest
Freitag, 8. April 2022

Jazzit Salzburg
Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg

Podiumsdiskussion (18:00 - 20:00)

Es gibt in unserer Gesellschaft schon wenig Wissen über die Roma an sich, noch weniger gibt es jedoch über die Frauen der Volksgruppe. Diese werden oft verklärt dargestellt als die schöne Esmeralda, mit walenden Röcken, vielen Kindern, singend und tanzend. Hierbei führen genau diese Darstellungen zu einer Vertiefung der Vorurteile und tragen nicht wirklich zu einem besseren Verständnis bei.

Wir wollen Frauen der Sinti, Roma und Jenischen auf die Bühne holen und mit ihnen über Anerkennung und Frauenrechte sprechen. Im Anschluss gibt es die Möglichkeiten für Fragen aus dem Publikum.

Mit: Vesna Kilom, Rosa Gitta Martl, Siglinde Schauer Glatz, Tina Nardai

Moderation: Erika Thurner

Fest zum internationalen Romatag (ab 20:30)

Lasst uns die vielfältige Kultur der Roma, Romnja, der Jenischen, der Sinti und Sintizze gebührend feiern. Mit live Musik in vielen Sprachen wie deutsch, slowakisch, romanes, ungarisch, englisch und vielen mehr - und mit gutem Essen, Getränken und viel Tanz!

LEHRGANG „UMGANG MIT MOBBING“

MAI - JULI 2022

Hoch eskalierte Konflikte in einem Wechsel aus direkter und non-direktiver Beratung bearbeiten

akzente Seminarraum, Glockengasse 4c, 5020 Salzburg
bei Bedarf online (Zoom)

„Mobbing“ ist ein Modewort geworden und läuft Gefahr, inflationär gebraucht zu werden. Mobbing bezeichnet aber auch eine krisenhafte Situation, aus der sich Betroffene ohne Unterstützung von außen kaum selbst befreien können. Es handelt sich um hoch eskalierte Konflikte, die allen Betroffenen, dem Ansehen und der Produktivität von Schulen, pädagogischen Einrichtungen und Unternehmen schaden. Der Lehrgang vermittelt Kompetenzen und Wissen im Umgang mit Mobbing und bietet den Teilnehmenden Raum, ihre Fähigkeiten, Erfahrungen und Beispiele aus ihrem beruflichen Alltag einzubringen.

Zielgruppe: Personen aus dem schulischen/pädagogischen und betrieblichen Kontext, die beruflich oder ehrenamtlich mit Gruppen arbeiten und mit hoch eskalierten Konflikten konfrontiert sind.

Modul 1: Begriffsklärung - Was steckt dahinter?

Termine: Dienstag, 31. Mai 2022 von 13:00 – 17:00 Uhr und Mittwoch, 1. Juni 2022 von 9:00 – 17:00 Uhr

Inhalte: Definitionen | Dynamiken | Mandat zur Klärung | Gesprächsführungen

Modul 2: Möglichkeiten und Grenzen der Intervention

Termine: Dienstag, 5. Juli 2022 von 13:00 – 17:00 Uhr, Mittwoch, 6. Juli 2022 von 9:00 – 17:00 Uhr und Donnerstag, 7. Juli 2022 von 9:00 – 17:00 Uhr

Inhalte: No Blame Approach und weitere Interventionsmethoden

Referent*innen:

- Holger Specht, Pädagoge, anerkannter Mediator und Ausbilder für Mediation, Fachkraft für strukturelle Prävention sexueller Gewalt
- Barbara Wick, Sozialarbeiterin, Lebens- und Sozialberaterin, Mediatorin, Pädagogische Leitung Friedensbüro Salzburg

Kosten:

535.-€ (Seminarbeitnahme inkl. Kaffeejause)

Nicht im Preis für den Lehrgang enthalten sind allfällige Kosten für Anreise, Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten.

5% Ermäßigung für Mitglieder des Friedensbüros, Mitarbeiter*innen von Organisationen im Netzwerk Gewaltprävention und Studierende.

Anmeldung:

Barbara Wick, Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg
0662 / 873931
[wick\[at\]friedensbuero.at](mailto:wick[at]friedensbuero.at)